

Herrn Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Rathaus
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Leverkusen, 6. Oktober 2021

Antrag: Gewalt gegen Kinder – Prävention und Intervention in Leverkusen ausbauen und stärken!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnungen der entsprechenden Gremien und des Rates:

Die Verwaltung bewertet die Präventions- und Interventionsarbeit zum Schutz von Kindern vor Gewalt neu und entwickelt ein Konzept, mit welchem personellen Strukturen und durch welche Sachmittel eine umfangreiche Präventions- und Interventionsarbeit nicht nur sichergestellt, sondern ausgebaut werden kann.

Dabei beginnt gezielte Präventionsarbeit bereits in den Kindertagesstätten:

- Hierzu wird das Fachpersonal regelmäßiger geschult. Der Einsatz von Kinderpsychologinnen und Kinderpsychologen wird Teil des Konzepts. Jährlich wiederkehrende Veranstaltungen und Thementage in den Kitas greifen das Thema altersgerecht auf.

Die Präventionsarbeit in den Grundschulen wird verstärkt:

- Hierbei werden die Schulen unmittelbar in die Konzeption miteingebunden. Vertrauenspersonen müssen ausgebildet und Räume und Möglichkeiten gefunden werden, in denen größtmögliche Anonymität gewährleistet werden.
- Die Schulen entwickeln Ideen, wie in einer Art jährlichen Projekttagen das Thema „Gewalt gegen Kinder“ niederschwellig thematisiert und sensibel aufgearbeitet werden kann. Insbesondere die Nutzung digitaler Geräte bereits durch Grundschülerinnen und -schüler sollte intensiv behandelt werden.

Die Präventionsarbeit wird innerhalb der Fachverwaltung neu aufgebaut – eine Stabsstelle „Prävention / Intervention“ vernetzt die verschiedenen Akteure:

- Dabei werden Beratungsintervalle der verschiedenen Institutionen (Freie Träger, Sportvereine, Schulen, Kitas, etc.) verkürzt.
- Die Kooperationsvereinbarungen bspw. mit Vereinen werden überprüft und ggf. konkretisiert.
- Es wird ein System des engmaschigen Austauschs mit dem Gesundheitsbereich (Kinderärztinnen und -ärzte, Gynäkologinnen und Gynäkologen etc.) etabliert.
- Im Falle einer Intervention wird ein System des engmaschigen Austauschs mit Polizei, Jugendamt, Staatsanwaltschaft etc. etabliert.

Begründung:

Der Schutz von Kindern gegen Gewalt ist eine zentrale Aufgabe der Gesellschaft und des Staates. Öffentliche Institutionen wie Kindertagesstätten und Schulen, aber auch alle Vereine und Freien Träger müssen das Thema intensiv in ihre tägliche Arbeit einbinden. Nur durch ein engmaschiges Netz, speziell geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie einen ganzheitlichen Ansatz kann es gelingen, Kinder so früh wie möglich vor Gewalt aller Art zu schützen.


Da Opfer von Gewalt diese häufig im engsten Umfeld erfahren, hat eine sensible und auf Vertrauen basierende Arbeit auf Präventions- und Interventionsebene allerhöchste Priorität. Wie diese personell und mit Sachmitteln am besten gewährleistet werden kann, soll in dem geforderten Konzept dargelegt werden. Schon jetzt zeichnet sich durch die verstärkten Ermittlungstätigkeiten der Polizei und Staatsanwaltschaft eine erhöhte Fallzunahme bspw. im Bereich der sexualisierten Gewalt gegen Kinder.

Unser Ziel muss sein, alle Wege auszuschöpfen, die helfen, Kinder vor Gewalt jeder Art zu schützen und zu sie auf ihrem Weg ins Erwachsenenalter auf Ebene der staatlichen und ehrenamtlichen Institutionen eng zu begleiten.

Mit freundlichen Grüßen



Stefan Heibel
CDU-Fraktionsvorsitzender



Milanie Kreutz
SPD-Fraktionsvorsitzende